

Deutschland.

Berlin, 25. September. Se. Majestät der König empfing gestern Vormittags im Bessein des Prinzen August von Württemberg und des Stadtkommandanten v. Alvensleben die Generale v. Bentheim, v. Fließ, v. Franzenberg, Grafen v. d. Goltz, v. Schöler, Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin u. und nahm darauf die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Bernuth, des Hausministers von Schleinitz und des Militär-Kabinetts entgegen. Mittags statteten die Frau Prinzess Friedrich Karl, der Prinz Alexander und die niederländischen Herrschaften Abschiedsbesuche ab und wurde darauf einer aus Nassau eingetroffenen Deputation Audienz erteilt. Später hatte der König eine Konferenz mit dem Unterstaatssekretär v. Thile und dem Geheimen Rath v. Savigny. — Abends fuhr der König nach Schloß Babelsberg und wird dort einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen. Die Reise nach Baden-Baden zur Teilnahme an der Geburtstagsfeier der Königin Augusta soll aufgegeben sein.

Der Prinz Admiral Albalert begibt sich in dieser Woche mit einer technischen Kommission nach Kiel, um dort die beiden in Amerika angekauften Schiffe zu besichtigen.

Die Frau Prinzessin Friedrich Karl hat sich nach Dessau begeben und wird erst nach der Geburtstagsfeier des Herzogs von Anhalt wieder hierher zurückkehren.

Der Prinz Alexander ist nach der Schweiz abgereist und wird dort einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen.

Der Prinz und die Frau Prinzess Friedrich der Niederlande und die Tochter Prinzess Marie sind gestern Nachmittags von hier nach Straßburg abgereist, haben dort übernachtet und setzten heute von dort die Reise nach Stockholm fort. Sie wollen bis zum 11. Oktober am schwedischen Hofe zum Besuche verweilen, um dann nach Berlin zurückzukehren und hierauf einen mehrtägigen Aufenthalt im Schloße Muschau nehmen.

Der Graf Galen, dem Civil-Gouverneur von Hardenberg in Hannover attachirt, ist gestern früh von dort hier eingetroffen.

Der Geh. Medizinalrath Dr. v. Langenbeck ist gegenwärtig auf einer Reise durch die Provinz Brandenburg begriffen, um hier die nordöstlichen Reserve-Lazarette zu besuchen und die etwa nöthigen größeren Operationen auszuführen. Wie verlautet, wird der berühmte Operateur erst in den letzten Tagen dieses Monats zurückkehren.

Die General-Aerzte Dr. v. Lauer und Dr. Berger haben ihre Funktionen als Korps-General-Aerzte des Garde- resp. des dritten Armeekorps wieder übernommen.

Von dem Justizminister ist an sämtliche Gerichte und Beamte der Staatsanwaltschaft ein Reskript ergangen, nach welchem wegen der Ausführung des königlichen Gnaden-Erlasses sofort das Erforderliche schleunigst zu veranlassen ist.

Der General-Intendant der königlichen Schauspiele, Kammerherr v. Hülsen, ist gestern nach Kassel und Wiesbaden abgereist, um die Umgestaltung der dortigen Bühnen zu königl. Theatern an Ort und Stelle zu leiten.

Nach einer Angabe der „Augsb. Post-Zeitung“ werden für den Transport der preussischen Elb-Armee auf den bairischen Bahnen von Preußen 500,000 Fl. bezahlt, und wird diese Summe von der bairischen Kriegskosten-Entscheidung abgerechnet.

Die „N. A. Z.“ schreibt: Nachdem in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses abermals die Düsseldorf'sche Einzugsangelegenheit und der betreffende Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ besprochen worden, und der Herr Präsident des Hauses die Wichtigkeit unserer Angaben bespricht, noch besonders hervorgehoben hat, werden wir uns leider genöthigt, die nachstehende Erklärung einiger Offiziere des Garde-Landwehr-Bataillons abzudrucken, die wir unfern Gegnern gerne erspart hätten, weil sie eben zu unwiderleglich darthun, wozu die Dementi's derselben rangiren.

Der geehrten Redaktion erlauben wir uns mit Bezug auf den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 12. September, betreffend den Empfang — oder vielmehr Nicht-Empfang des Düsseldorf'schen Garde-Landwehr-Bataillons, ergebenst mitzutheilen, daß alle die in dem qu. Artikel angeführten Thatsachen vollständig in der Wahrheit beruhen und daß der Eindruck dieses Nicht-Empfanges auch in uns ein durchaus niederdrückendes Gefühl hervorgerufen hat.

Berlin, den 23. September 1866.

Siefart, v. Derschau,
Hauptm. u. Komp.-Chef. Prem.-Lt. u. Komp.-Führer.
Graf v. Schwerin, Lieutenant."

Der Herr Präsident des Staats-Ministeriums, Graf von Bismarck wird sich heute Abend nach Vorpommern begeben und für einige Zeit seinen Aufenthalt auf dem Lande dort nehmen.

Wir erwähnen aus der gestrigen Abstimmung des Abgeordnetenhauses über den Verkauf der westphälischen Staatsbahn an die Bergisch-Märkische Gesellschaft, daß der frühere Finanzminister von Bodelschwingh, der den zur Genehmigung vorgelegten Vertrag abgeschlossen, nunmehr selbst gegen den Verkauf gestimmt hat.

Zur Geschichte der Ordensverleihung an die preussischen Friedensvermittler bringt der „Nürnberg'sche Korrespondent“ aus München folgenden Beitrag: „Als der bairische Gesandte Graf Bray zu Anfang dieses Monats nach Berlin kam, um die ratifizirten Urkunden des Friedensvertrages auszutauschen, zeigte man dort sich sehr befriedigt über die inzwischen stattgehabten Verhandlungen des bairischen Landtages, insbesondere darüber, daß beide Kammern wenigstens darin vollkommen einmüthig sich gezeigt hatten, daß bei einem etwaigen Kriege gegen einen äußeren Feind Bayern mit ganzer Kraft zur Vertheidigung des deutschen Bodens

an Preußens Seite treten würde. Nicht minder hob man hervor, daß auch die bairische Staatsregierung durch den Mund des Ministers v. d. Pfordten so entschieden die gleiche Absicht kundgegeben habe. Man glaubte preussischerseits, daß auf solcher Grundlage wirklich eine neue Ära friedlichen und freundlichen Bündnisses sich eröffnen werde, und legte es nahe, diese Ära durch einen Akt gegenseitigen Entgegenkommens zu eröffnen. Demgemäß — als erster Schritt in eine neue Zukunft, nicht als ein Abschluß der traurigen Vergangenheit — wurde mündlich ein Austausch von Orden an die Friedensunterhändler verabredet und, da der bairische Minister den Hubertusorden besitz, dieser auch dem Grafen Bismarck, für Herrn v. Savigny aber das Großkreuz des Michaels- (nicht des Civilverdienst-) Ordens bestimmt, wogegen entsprechende Auszeichnungen an die diesseitigen Bevollmächtigten gelangen sollen.“

Nach den Wiener Blättern hat der Fürst von Fürstenberg im Namen der durch die Beiträge vom Jahre 1815 mediatisirten Fürsten und Grafen ein Promemoria bei der österreichischen und bei der preussischen Regierung überreicht, in welchem um Wahrung der denselben durch die Bundesakte gewährleisteten Rechte und Privilegien gebeten wird, da dieselben durch die Auflösung des Bundes und die Aufrechterhaltung der Bundesakte gefährdet erscheinen.

Wie die „Kr.-Z.“ hört, gedenkt der königliche Gesandte in Petersburg, Graf Hedern, nur dahin zurückzukehren, um sich zu verabschieden und seinen Nachfolger vorzustellen.

Der österreichische Geschäftsträger v. Haymerle wurde am Montag von dem Unterstaatssekretär v. Thile im auswärtigen Amte empfangen.

Die Finanz-Kommission des Herrenhauses ist in ihrem Berichte über die Gesetzesvorlage der Regierung, betreffend die Gründung öffentlicher Darlehnskassen und die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen, sowie die denselben Gegenstand betreffende Mittheilung des Abgeordnetenhauses zu dem Antrag gekommen: „das Herrenhaus wolle beschließen: dem aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangenen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ertheilung der Indemnität in Bezug auf den Erlaß der Verordnung vom 18. Mai 1866 über die Gründung öffentlicher Darlehnskassen, die Schließung der Darlehnskassen, die Liquidation der Geschäfte derselben und die Einziehung der Darlehnskassenscheine seine verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.“

Berlin, 25. September. Die heutige (22.) Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde um 10¼ Uhr durch den Präsidenten v. Jordanbeck eröffnet. Am Ministerische: der Finanzminister v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare. Es wird sofort in die Tagesordnung, in die Fortsetzung der Debatte über die Anleihe-Vorlage eingetreten. Finanzminister v. d. Heydt: Ich habe in der Kommission die Vorschläge derselben als unannehmbar bezeichnet. Diese Worte sind als harte bezeichnet worden; sie sollten es nicht sein; ich habe mich nur für verpflichtet gehalten, mit Rücksicht auf den Ernst der Lage, den Anschauungen der Staatsregierung Ausdruck zu geben. Die Regierung ist der festen Zuversicht, daß Sie nicht die Verantwortlichkeit dafür übernehmen wollen, der Regierung diejenige Unterstützung zu verweigern, deren sie bedarf, um so mehr, da sie sich mit den beiden Häusern des Landtages über die einzuschlagenden Wege in Uebereinstimmung befindet. Ich bedaure, daß der Herr Minister-Präsident verhindert ist, persönlich zu erscheinen; er hat mich ersucht, hier auszusprechen, daß auch er dies lebhaft bedauere. Unsere Lage ist noch keine fertige und abgeschlossene. Der Frieden ist geschlossen mit Oesterreich und den süddeutschen Staaten, aber noch nicht mit Sachsen, welches zum engem norddeutschen Bunde gehört. Die Beziehungen des norddeutschen Bundes zu den süddeutschen Staaten bleiben noch zu regeln. So lange dies nicht geschehen, ist die deutsche Frage noch nicht gelöst, und Preußen muß bereit sein, zu verteidigen, was es erworben. Preußen muß bereit sein, den Kampf dafür wieder aufzunehmen in jedem Augenblick. Bei einem solchen Zustande spielt das Unvorhergesehene oft eine Hauptrolle. Es ist nicht mit Unrecht gesagt, daß an die Stelle des alten Systems das Prinzip der Freiheit treten müsse. Fast alle großen Staaten sind beschäftigt mit diesen Freiheiten und Preußen ist darin rühmlich vorangekommen. Aber eine Hauptsache scheint mir die finanzielle Frage. Jetzt mehr als je muß Preußen in jedem Augenblick bereit sein, das volle Gewicht seiner militärischen Macht in die Waagschale zu legen, ohne Zögern und Zaudern. Den rechten Augenblick veräumen, dies kann die Aufgabe Preußens um viele Jahre hinauschieben, ja die Existenz Preußens von Neuem bedrohen. Wer den Augenblick beherrschen will, der muß in diesem Augenblick das Geld nicht erst suchen, sondern haben. Ich hoffe, daß Sie aus allen diesen Rücksichten der Regierung diejenige Mittel, deren sie bedarf, nicht verweigern werden. Der Minister erklärt sich demnach mit dem Amendement von Strachwitz, event. mit dem Amendement Michaelis-Röppel und dem Amendement Lasker einverstanden.

Abg. Dr. Birchow: Es läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß die Zeit, in welcher die Vorlage ausgearbeitet worden, zusammenfällt mit den Zustimmungen zur Kriegsbereitschaft. Daher kommt es, daß die ganze Vorlage vom politischen und nicht vom finanziellen Standpunkt in der Debatte behandelte worden ist. Man hatte damals naturgemäß kein Maß für die Kriegskosten-Entscheidungen, noch für die sonstigen Mittel, die der Regierung zur Verfügung gestellt werden würden. Ich kam dem nicht beizustimmen, daß, wenn man einmal gemeint hat, eine Anleihe von 60 Mill. machen zu müssen, wir heute, unter veränderten Umständen, auch die Schwelung der Regierung mitmachen müssen, die jene Summe jetzt für die Fällung des Staatschages bestimmt. Die Herren sagen, der Staatschag ist der Kriegschag und deshalb soll die Regierung unbeschränkt in der Verwendung der Mittel sein. In dem Amendement Michaelis finde ich nur die Aussicht auf einen neuen Konflikt, da man bei der Verwendung keinen Einfluß haben soll. Zu keiner Zeit ist der Staatschag für einen Kriegschag angesehen worden und deshalb jener circulus vitiosus, der immer gemacht wird, unstatthaft. Allerdings ist es ein annähernder Schritt, wenn die Regierung erklärt, sie lege Werth auf die Zustimmung der Landesvertretung, indeß ist diese Annäherung eine sehr kleine, da es ja Pflicht der Regierung ist, in Uebereinstimmung mit der Landesvertretung zu sein, besonders, wo es sich um solche Summe handelt. Ich leugne, daß eine europäische Krise so schnell herübergehen kann, daß die Regierung nicht ihre Landesvertretung noch berufen könnte, um sich von dieser die nöthigen Geldmittel bewilligen zu lassen. Ich kann für die Bewilligung einer solchen Summe ohne die notwendigen Garantien nicht stimmen.

Der Finanzminister v. d. Heydt erklärt, daß die Regierung in dem Amendement Zweifeln ebenfalls ein Entgegenkommen erblicke, daß sie aber das Amendement Michaelis vorziehe und hoffe, daß Zweifeln das feine zurückziehen und für das Michaelis'sche stimmen werde.

Abg. Ewesten: Ich will nicht, daß die Gelder, zu deren Bewilligung an die Regierung ich bereit bin, unter die besonderen Bestimmungen und

Gesetze des Staatschages gestellt werden. Um dies zu verhindern, um gleichzeitig den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht zu werden, aber für die Zukunft der einseitigen Verfügung der Staatsregierung über die Gelder des Landes nicht den Weg zu öffnen, ist das Gelegentlichste nach meiner Auffassung, die zeitliche Beschränkung, welche ich vorge schlagen habe, so daß das Jahr 1870 als der Endpunkt für die der Regierung einräumende Befugniß festgesetzt wird. Die großen Veränderungen, welche in der Gestaltung der europäischen Verhältnisse eingetreten sind, ein lebendiges Zeugniß für die auswärtige Politik unseres Minister-Präsidenten, welcher nicht bloß Gelegenheiten wahrzunehmen, sondern auch solche herbeizuführen versteht, erheischen ganz besondere Vorsicht unsererseits, um das Erreichte zu sichern, das Unfertige zu vollenden. Oesterreich wird der Freund jedes Feindes von Preußen in der nächsten Zeit sein, Frankreichs Freundschaft wünsche ich lebhaft uns erhalten zu sehen, allein dies wird unmöglich sein, sobald das Prinzip dort aufgestellt wird, daß Frankreich berechtigt sei, Kompensationen zu fordern für jede in den staatlichen Verhältnissen Europa's vorgehende Veränderung. Dem von dem Finanzminister ausgesprochenen Verlangen, daß permanent ein so großer Bestand im Staatschage erhalten werden soll, darf das Haus nicht zustimmen, damit würde ein gefährlicher Grundsatze Eingang finden, während durch die Annahme meines vorge schlagenen Amendements allen Bedürfnissen der nächstfolgenden Zeit ganz in dem von der Regierung selbst gewünschten Maße Befriedigung zu Theil wird, ohne daß bedenkliche Präjudicien Platz greifen. Wir können doch unmöglich annehmen, daß alle paar Jahre ein großer Krieg für Preußen bevorstehe; der Verlust aber, welcher bei der Negociation einer Anleihe bei wirklicher Kriegsgefahr zu erwarten ist, steht außer Verhältniß zu den regelmäßigen schweren Verlusten, die durch das stinlose Lagern vieler Millionen im Staatschage entfallen. Das Verlangen, daß der Staatschag für alle Zeit gefüllt gehalten werde, ist unverträglich mit der Wahrung der Rechte des Volkes, denn durch den gefüllten Staatschag ist das Mittel gegeben, um ein dem Volke verhasstes System der inneren Verwaltung durchzuführen. (Zustimmung links.) Meine Herren! Wir wollen doch nicht annehmen, daß der Zustand des Konfliktes, des Zerwürfnisses als der normale, gewöhnliche in Preußen bestehen werde, und nur für einen solchen Zustand ist der große Staatschag der Regierung vorzuziehen. Wir nehmen vielmehr an, daß mehr und mehr Ausgleichung und Berührung eintreten werde, und weil wir Solches wünschen, verzichten wir, liberaler Seite, in diesem Augenblicke auf die Befolgung so mancher berechtigter Ansprüche, auf deren Anerkennung und Befriedigung hinzuwirken der gegenwärtige Zeitpunkt nicht als geeignet erscheint. Es ist in der Geschichte Preußens beispiellos, das eine Anleihe gefordert wird, um den Staatschag zu füllen, zum ersten Male ist diese Zumuthung uns gestellt, und wir müssen sie unbedingt zurückweisen, ohne indeß der Regierung die wünschenswerthe Unterstützung vorzuziehen.

Die Minister Graf Eulenburg, v. Koon und v. Selchow sind eingetreten.

Der Finanzminister v. d. Heydt: Die Regierung kann sich dem Amendement Ewesten nicht anschließen, muß demselben vielmehr entschieden widersprechen. Wenn man auch den Staatschag als wirtschaftlich nicht empfehlen kann, so ist er doch ebenso nothwendig, wie die Arme und andere Anstalten, die aus wirtschaftlichen Gründen auch nicht empfohlen werden können, indeß für die Sicherheit des Landes unentbehrlich sind. Es kommt darauf an, in jedem Augenblicke fertig zu sein. Wer bürgt uns dafür, daß 1870 die Lage so gestaltet ist, daß man das Geld nicht mehr braucht. Die Regierung bleibt dabei, daß ein bereiteter Kriegschag einer bereiten Armee jederzeit zur Seite stehe.

Der Minister-Präsident, noch sehr leidend aussehend, tritt in's Haus (große Bewegung) und hält unter lebhaften Bravo's die schon im Morgenblatte von uns mitgetheilte Rede. Darauf wird die General-Diskussion geschlossen.

Der Berichterstatter Hagen führt unter großer Unruhe des Hauses aus, welche Wandlungen die Motivirung der Kreditforderung Seitens der Regierung durchgemacht habe von dem ersten Tage, an welchem sie in's Haus kam, bis heute. Anfangs habe es sich lediglich um die Kosten des eben in der Brandigung begriffenen Krieges gehandelt und es seien 60 Millionen aufgestellt worden mit dem Zusatz Seitens des Finanzministers, daß die Regierung das Anleihen vielleicht gar nicht brauchen werde. Allmählig aber sei der leere Rahmen der Forderung durch täglich zunehmende Motive ausgefüllt worden: Retablissementskosten, Banzerlösse und endlich die Fällung des Staatschages. Was die Kommission bewilligt habe, reiche bis zur nächsten Session für das durch den Krieg erzeugte Bedürfniß vollkommen aus und nichts habe ihren Mitgliedern ferner gelegen, als der Regierung Mißtrauen zu zeigen und Schwierigkeiten zu bereiten. Aber vom Staatschag, als von einer mit dem konstitutionellen Staat unverträglichen Einrichtung, habe man allerdings abgesehen. Ein bereitses Heer, verbunden mit dem Landlieferungs-gesetz von 1851, und ein bereiteter Schag seien Attribute der absoluten Regierung und eine starke Befähigung für jede andere, einmal mache man von diesen Nachmitteln einen glücklichen Gebrauch, ein anderes Mal könne die Anwendung unglücklich und zum Schaden des Landes ausfallen. (Beifall links.)

Der Präsident entwickelt vor Eintritt in die Spezialdiskussion seinen Plan zur Führung derselben, sowie die von ihm in Aussicht genommene Fragestellung. Das Haus tritt seinen Vorschlägen nach einigen Einwürfen, die von dem Herrn Grafen Bethusy-Duc ausgehen und nachdem Herr v. Bodum-Dolfs die Theilung des §. 3 des Amendement Michaelis gewünscht hat, um nicht neben dem Kriegschag noch einen zweiten Staatschag genehmigen zu müssen, durchweg mit lebhafter Zustimmung bei.

Der Präsident eröffnet die Diskussion über §. 1 der Regierungs- und Kommissionsvorlage.

Hr. Graf Schwerin (gegen §. 1 der Kommissionsvorlage). Meine Herren! Wir bewilligen der Regierung die Anleihe aus dem Grunde, um dem Herrn Ministerpräsidenten einen Beweis des Vertrauens in die Führung der auswärtigen Politik zu geben, um die Anerkennung dessen auszusprechen, was geschehen ist und die Zusicherung unserer Unterstützung dieser Politik auch für die Zukunft zu geben. Als ich im Jahre 1862 von dieser Tribüne herab gegen eine Kredit-Bewilligung für die Regierung sprach, erklärte ich, daß ich nur unter zwei Bedingungen einen solchen Kredit bewilligen könne: 1) wenn ein klares Programm der Regierungspolitik vorliege, oder 2) wenn ich Vertrauen zu den Männern haben könne, welche die Politik führen. Damals waren beide Bedingungen für mich nicht vorhanden. Heute kann ich zu meiner Freude bekennen, daß ich mich geirrt habe. (Bravo rechts.) Das Programm der auswärtigen Politik unserer Staatsregierung liegt uns jetzt klar vor, und wir wollen durch unser Votum die Regierung kräftigen, daß sie ihr Ziel, die Einheit Deutschlands und die Macht Preußens, innerhalb des geeinigten Deutschlands, erreichen kann. Daß der Herr Minister-Präsident unaufrichtig nach diesem Ziele streben wird, das Vertrauen habe ich heute zu ihm und spreche es gerne öffentlich aus, indem ich damit zu gleicher Zeit die Anerkennung dessen verbinde, was er bereits schon geleistet hat. (Bravo rechts.) Die vorliegende Frage ist deshalb für mich keine finanzielle, sondern eine wesentlich politische. Es kommt mir deshalb auf die Höhe der Ziffer gar nicht an, ich hätte auch 90 Millionen bewilligt. Meine Freunde und ich würden deshalb für die Regierungsvorlage gestimmt haben, wenn nicht die Staatsregierung erklärt hätte, daß ihr die Annahme des Amendements Michaelis gleichbedeutend mit ihrer Vorlage wäre. So werden wir denn für dieses Amendement stimmen. (Bravo rechts.)

Es wird nunmehr §. 1 der Regierungsvorlage: „Der Kriegs- und Marine-Minister wird zu den durch den Krieg gegen Oesterreich und in Deutschland veranlaßten außerordentlichen Ausgaben ermächtigt“, mit großer

Majorität angenommen; dagegen nur ein Theil der Fortschrittspartei, der polnischen und katholischen Fraktion.

Es folgt nun die Debatte über die §§. 2, 3, 4 und 5 der Regierungsvorlage, §§. 2, 3 und 4 der Kommissions-Vorlage, §§. 2, 3, 4 und 5 des Amendements Twisten, Nr. 1, 2, 3, 4 des Amendements Michaelis und des Amendements Lasler.

Abg. Michaelis: Der Hauptgrund, weshalb ich mein Amendement stelle, ist der, daß ich Preußen nach dem Kriege in finanzieller Beziehung wieder ebenso gestellt wissen will, wie es vor dem Kriege stand; ich halte dies für ein nobles officium dieses Hauses, nachdem ein Krieg geführt ist, mit dessen Zielen und Resultaten wir einverstanden sind. — Der Staatsschatz kostet allerdings dem Lande, er bringt aber auch indirekt wieder Güter ein, unter denen das Gefühl der Sicherheit nicht als das als am geringsten anzuschlagende ist. Durch die Annahme meines Amendements werden wir wieder in verfassungsmäßige Bahnen hineinkommen und die Garantie für eine verfassungsmäßige Regierung in der Zukunft erlangen. Bewilligen Sie deshalb der Regierung die Mittel, welche nöthig sind, um die ruhmvoll begonnene Lösung ihrer schwierigen Aufgabe zu vollenden. (Bravo rechts.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und zur Abstimmung geschritten, deren Resultat wir bereits mitgetheilt haben.

Die wichtigsten §§. des angenommenen Amendements Michaelis lauten wörtlich: Der Finanz-Minister hat der Militär- und der Marine-Verwaltung die nöthigen Geldmittel zu diesen Ausgaben (§. 1) zu überweisen. Dieselben sind, soweit sie nicht aus den verwendbaren Beständen der General-Staatskasse und aus dem Staatsschatz, ferner aus den Kriegs-Kontributionen und Kriegsschadigungs-Geldern entnommen oder durch Verwertung verfügbarer Effekten der Staatskasse bereitgestellt werden können, bis zur Höhe von Sechzig Millionen Thalern im Wege des Kredits zu beschaffen. Aus den Kriegsschadigungsgeldern ist jedoch zunächst der Staatsschatz mit 27½ Millionen Thalern wieder zu dotiren. Die dem Staatsschatz durch die Kabinets-Ordres vom 17. Januar 1820 (Gesetz-Sammlung Seite 21) und 17. Juni 1826 (Gesetz-Sammlung Seite 57) überreichten Einnahmen fließen, sobald die baaren Bestände derselben durch fernere Einziehungen über dreißig Millionen Thaler erhöht werden würden, den allgemeinen Staatsschatz als Einnahmen, welche in den Staatsschatz-Etat als Deductionsmittel aufzunehmen sind, zu und können dem Staatsschatz zur weiteren Ansammlung nur mit besonderer Zustimmung beider Häuser des Landtages überwiesen werden. §. 3. Zur Aufbringung der nach §. 2 durch den Kredit zu beschaffenden Mittel können: 1) bis zur ganzen Höhe des Kredits verzinsliche Schatzanweisungen, längstens auf ein Jahr lautend, ausgeben werden; jedoch kann die Aufbringung 2) auch, nach Maßgabe des vom Finanzminister festzustellenden Bedarfs, bis zum Betrage von 30 Millionen Thalern durch Begebung einer verzinslichen Staatsanleihe, deren Betrag vom Jahre 1868 ab jährlich mit mindestens einem Prozent zu tilgen ist, erfolgen. Um den Betrag der auf Grund dieser Ermächtigung sub 2) ausgegebenen verzinslichen Anleihe vermindert sich der Betrag der auszugebenden Schatzanweisungen. §. 4. Die Ausgabe der Schatzanweisungen (§. 3 Nr. 1) ist durch die Haupt-Verwaltung der Staatsschulden zu bewirken. Ob und in welchem Betrage neue Schatzanweisungen an Stelle der eingelassenen auszugeben werden dürfen, bleibt der Bestimmung durch das Staatshaushaltsgesetz vorbehalten. Die Zinsen auf Schatzanweisungen verjähren binnen 4 Jahren, die verschiedenen Kapitalbeträge binnen 30 Jahren nach Eintritt des in jeder Schatzanweisung ausgedrückten Fälligkeitsstermins.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen.

Ausland.

Paris, 23. September. Die Armeereform steht jetzt entschieden zu oberst auf der Tagesordnung. Selbst das „Journal des Debats“ stimmt vollständig in den allgemeinen Ruf ein, daß Frankreich sich in keiner Beziehung, also auch nicht in militärischer, von Preußen überholen lassen dürfe. Mit der Armeereform freilich ist's allein nicht gethan, das fühlt man recht wohl, und die „Opinion Nationale“ weist sogleich auf die Nothwendigkeit einer Verbesserung des Unterrichtswezens und der Hebung der intellektuellen Entwicklung des Volkes hin. Doch ist die Reform der Heer-Verfassung diejenige, auf welche die Regierung natürlich zuerst verfällt, zumal sie die Aussicht, durch geschickte Benutzung der augenblicklichen Stimmung des Landes einen größeren Effectivbestand des Heeres zu gewinnen, nicht vorübergehen lassen will. Was die „Liberale“ als Analyse des Kaiserlichen Briefes an den Kriegs-Minister angiebt, entspricht den vom Kaiser dem Marschall Randon mitgetheilten Bemerkungen. Der vielbesprochene Brief würde ja nur die solenne Form sein, in welcher der Kaiser nicht dem Minister, sondern dem Lande das neue, definitiv angenommene System vorlegte; bisher ist aber überhaupt noch kein Plan definitiv angenommen, sondern es sind nur mehrere vom Kriegsminister ernannte Kommissionen mit der allseitigen Prüfung der Frage beschäftigt. Auch die „Presse“ erwähnt heute des von mir angelegenen Planes, nach welchem die Dienstzeit der Linie auf 10 Jahre und die Präsenzzeit auf 6 Jahre erhöht werden soll. Dadurch würde also die Effectivstärke, wenn das jährliche Contingent von 100,000 Mann festgehalten würde, auf beinahe 600,000 Mann steigen. Außerdem würde eine reguläre Reserve von 400,000 Mann verfügbar bleiben. So weit erfreut sich dieses Projekt freilich des Beifalls der Militär-Partei, desto weniger desjenigen des Finanz-Ministers. Daß außerdem die übrigen waffenfähigen Franzosen zwischen 20 und 30 Jahren in eine mobile Nationalgarde eingereicht werden sollen, ist nur ein nebensächlicher Vorschlag, der in maßgebenden Kreisen sehr verschieden beurtheilt wird. Die Träger des bisherigen Systems sind nie Freunde der Nationalgarde gewesen, wie schon der gegenwärtige Verfall dieses Instituts zeigt, und es ist nicht vorauszusetzen, daß sie ihre Ansichten in diesem Punkte so bald ändern werden. Es giebt noch immer sehr einflußreiche Leute, die vor allem, was wie Volksbewaffnung aussieht, einen wahren Abscheu hegen. Es sind dies dieselben, welche Alles aufbieten, um die größere Fabrik-Industrie aus Paris zu verbannen. Die Otkroi-Frage in Betreff der Banlieue liefert diesen Tendenzen gerade jetzt ein neues Feld; mit dem nächsten Jahre nämlich soll das hohe Otkroi auf Steinkohlen, das jetzt nur für die Stadt innerhalb der Barrière gilt, auch auf die Bannmeile ausgedehnt werden. Die bedeutenden metallurgischen und anderen Fabriken, welche in diesem Distrikte liegen, würden dann nicht fortarbeiten können, sondern auswandern müssen. Oekonomisch würde diese Vertreibung einer blühenden Industrie ein großer Nachtheil für Paris sein, aber es giebt „Staatsmänner“, die darin einen politischen Vortheil erkennen wollen, weil sie die kräftigen Eisensarbeiter für gefährlicher halten, als die Pariser Gamins.

Petersburg, 20. September. Unsere Blätter wollen zwar nichts von einer Truppenzusammenziehung in den Ebenen des Prut wissen, und dennoch ist es Thatsache, daß Abtheilungen der hiesigen Garden in jener Richtung ausrücken und die in den westlichen Provinzen entbehrlichen Truppen auch dorthin geschickt werden. Als Ersatz für die von hier ausrückenden Truppen treffen ab und zu von den noch in Polen stehenden Garden Abtheilungen hier ein. — Dieser Umstand dient allerdings dazu, die in den altrussischen Kreisen lebende Hoffnung auf eine baldige Aktion von Seitens Rußlands gegen den Orient zu erhöhen, indes glaubt

man in den besser unterrichteten Kreisen nichts davon und hält sich vielmehr für überzeugt, daß die Regierung lediglich Vorkehrungen treffe, um für eventuelle Fälle nicht unvorbereitet den Ereignissen im Orient gegenüber zu stehen. Da die Anerkennung des Fürsten von Rumänien Seitens der Pforte in sicherer Aussicht steht und Oesterreich hoffentlich Frankreich und England, welche für diese Anerkennung in Konstantinopel thätig sind, nicht stören, sondern sich eher deren Projekt anschließen wird, so dürfte das den Frieden Europa's bedrohende Ungewitter diesmal noch vorüber gehen. — Das Vermählungsprojekt des Fürsten Karl mit einer Prinzessin von Leuchtenburg taucht wieder auf und man scheint sich hier ernstlich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, trotz des Gegeneifers der „Mosk. Wdm.“, welche darauf aufmerksam macht, daß unsere Dynastie bereits durch und durch deutsches Blut ist und man doch auch endlich einmal an eine Kreuzung denken möchte, um sich der Nation nicht ganz zu entfremden. — Gestern kam der erste Transport ausgehobener Ersatzmannschaften — Rekruten — auf dem Warschauer Bahnhofe an und wurde sofort weiter nach dem Moskauer Bahnhofe befördert.

Pommern.

Stettin, 26. September. Gestern Abend fand das Festessen des 1. Bataillons vom 1. pomm. Grenadier-Regiment (König Fr. W. IV.) No. 2 in der Grünhof-Brauerei statt. Als Deputirte der Stadt waren die Herren Stadtrath Hoppe, Stadtverordneten-Vorscher Saunier und zwei Stadtverordnete anwesend. An dem Feste nahmen etwa 600 Mann Theil, darunter eine bedeutende Anzahl bereits entlassener Reservisten und Landwehrleuten in Civilkleidung. Die gelieferten Speisen und Getränke, Kalbsbraten, 2 Orbst gute Bowle u. befriedigten allgemein. Den ersten Toast auf Sr. Majestät den König brachte der Regiments-Kommandeur, Herr v. Reichenbach aus. Das Fest verlief in der gehobenen Stimmung und fand namentlich das kameradschaftliche Benehmen der Offiziere gegen die in Civilkleidern anwesenden entlassenen Soldaten Anerkennung. Der nicht vrrbrachte Ueberschuß von den von der Stadt geschenkten 500 Thlr. wurden an die Festgenossen vertheilt, woraus diese ihre mitgebrachten Familien regalariten.

— Von gestern bis heute ist kein Cholerafall gemeldet.
— Wie wir hören wird Herr G. Wolkenhauer hier eine Pianoforte-Beförderungsanstalt errichten und den Transport der Instrumente nicht nur innerhalb der Stadt, sondern auch nach außerhalb, per Eisenbahn oder Wagen, unter Garantie und gegen sehr mäßiges Honorar bewirken.

— In der gestrigen Sitzung der Servis-Deputation ist festgestellt, daß vom 1. Oktober ab nunmehr wieder die für Friedenszeiten bestehenden Bestimmungen in Kraft treten, wonach nur die Hausbesitzer, aber nicht mehr die nur für Kriegzeiten verpflichteten Inquilinen die Ausmietungskosten zu tragen haben.

— Heute Abend gegen 11 Uhr werden mittelst Extrazuges unter Führung von 5 Offizieren hier 330 Reservisten des pomm. Füsilier-Regiments Nr. 34 aus Frankfurt a. M. eintreffen, um morgen in ihre Heimathsorte entlassen zu werden.

— Unsere gestrige Notiz, daß von Sonntag ab die Tanzvergünstigungen wieder gestattet sein werden, ist verfrüht, da die Erlaubniß zu denselben nicht eher ertheilt werden wird, als bis das gänzliche Erlöschen der Cholera konstatiert ist.

Belgard, 25. September. Die Cholera, welche schon ganz nachgelassen hatte, hat in Folge der neu eintretenden Hitze neun Opfer gefordert. Vom 1. bis zum 15. waren 101 Personen gestorben.

Wangerin, 21. September. Seit dem 12. d. Mts. ist leider auch hier die Brechruhr ausgebrochen und sind in dieser Zeit 27 Personen gestorben, bei einer Einwohnerzahl von 2500. Allem Anscheine nach ist die Krankheit hier schon überwunden, da heute kein Todesfall bekannt geworden. — Unser Bürgermeister ist trotz des nochmaligen Besuches der Stadtverordneten noch nicht wieder bestätigt.

St. Neustettin, 24. September. Im Anschluß an den Bericht vom 16. d. M. sind bis heute Mittag von hier 17 weitere Sterbefälle an der Cholera zu melden, worunter sich zwei Personen des Kriminalgefängnisses befinden. — Seit einigen Tagen sind auf dem hiesigen Postamte diverse Briefe an Mannschaften des Füsilier-Bataillons vom 43. Infanterie-Regiment, sowie an dessen Kommando angekommen. In Folge dessen hegt das Publikum die Hoffnung, daß dieser Truppentheil als stehende Garnison eines schönen Tages hier seinen Einzug halten werde.

Colberg, 22. September. Vom Beginn der Cholera bis zum 21. d. M. sind erkrankt 500 Personen; davon sind gestorben 311, genesen und noch in Behandlung verblieben 189. Am 20. d. M. ist gar kein Todesfall vorgekommen; am 21. ist ein Kind, von dem es jedoch nicht erwiesen ist, ob an der Cholera, oder an Krämpfen gestorben. Es scheint hiernach, daß diese schreckliche Krankheit ihrem Erlöschen nahe ist.

Lauenburg i. W., 21. September. Gestern feierte die hiesige Schützengilde den Einzug unserer heldenmüthigen Truppen in Berlin durch ein Preischießen und einen Ball. Den Preis, der in einer silbernen Denkmünze besteht, errang der Bäckermeister Groß, der eben aus dem Feldzuge heimgekehrt war und in den Schlachten in Böhmen mitgekämpft hatte, wodurch sämtliche Festtheilnehmer aufs Angenehmste berührt wurden.

Berufsches.

— Die Mode hat sich nun auch des Zündnadelgewehrs bemächtigt. Die Pariser Herren fangen an, Nadeln zu tragen, welche zum Theil in höchst feiner Arbeit die berühmte preussische Waffe in allen ihren Einzelheiten darstellen. Die Damen werden sicherlich nicht zurückbleiben. Weßhalb sollen sie ihre Röcke nicht eben so gut mit Zündnadelbüchsen verzieren lassen, als mit Hufeisen, Schiffspanzern u., wie sie bisher gethan?

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 25. September. Bei der heute stattgefundenen Eröffnung des Landtages versprach der Minister die Vorlage des Friedensvertrages, wie Vorlagen über Rechtspflege und über Organisation der Verwaltung, welche auf Effektivität und mündliches Verfahren basiren; ferner Vorlagen von einzelnen Gesetzen, welche mit der Revision der Verfassung zusammenhängen und den Finanzhaushalt.

München, 25. September. Die Subskription auf die

neue Prämien-Anleihe ist hier in Folge vollständiger Deckung schon zwei Stunden nach der Auflegung geschlossen worden.

Amsterdam, 25. September. Die niederländische Bank hat den Diskont von 6 auf 5½ pCt. herabgesetzt.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 26. September. Abgeordnetenhaus. Der Minister des Innern beantragt die Verlängerung des Hauses vom 27. September bis zum 12. November, um inzwischen neue Vorlagen vorzubereiten. Der Minister spricht die Befriedigung der Regierung über die Erledigung der diesmaligen Landtagsvorlagen aus. Die Regierung wünsche, daß die nächste Session kurz sei, um dem norddeutschen Reichstage Platz zu machen. Das Haus stimmt ohne Diskussion dem Antrage auf Verlängerung zu.

Wollbericht.

Breslau, 24. September. Die letzten Tage verliefen äußerst geschäftlos und die Umsätze hatten nur einen Detail-Charakter, da in Allem kaum 300 Ctr. aus dem Markte genommen sind. Man handelte Kleinigkeiten in geringen und mittelstarken Einschuren von 63—73 *St.*, Gerberwollen von 56—62 *St.*, Lammwollen von 90—110 *St.*. Diese Preise haben sich sehr behauptet und glaubt man allgemein, daß nachdem die Cholera im Erlöschen ist, und die Leipziger Messe ihrem Ende entgegengeht, sich bald wieder eine größere Zahl auswärtiger Käufer einfänden und das Geschäft seine frühere Lebhaftigkeit wiedergewinnen wird.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 25. September, Vormittags. Angelommene Schiffe: Wilage Maid, Mullestin von Wid. Alby, Lopp von Lapport. Star of Scotia, Weir von Lybster. Erpess, Sutherland von Worlington. Trio, Schafow; Johanna Sophie, Viered von Elbing. Otto Robert, Lüdtke; Minna, Becker; Friederike, Zobel von Danzig. Johanna Louise, Beebe von Rügenwalde. Bertha, Hansen; Doris, Schwerdfege; Australia, Lange von Königsberg. United Service (SD), Bee; Citadel (SD), Carpenter von Sunderland. Maria (SD), Willis von London. Buda (SD), Lawson von Leith. Electra, Zelle von Sunderland. Minerva, Holzlerland von Newcastlle, letztere 2 Löfchen in Swinemünde. 3 Schiffe in Sicht. Wind: SW. Strom ausgehend. Revier 15 *F.*

— Nachmittags. Sophia, Panlow von Liverpool. Cito, Kuchel von Bremen. Robert, Siebranz von Königsberg. Fortuna, Schulz von Colberg. Ceres, Nabsen; Claudia, Dinse von Sunderland, letzte 2 Löfchen in Swinemünde. Revier 15 *F.* Wind: W. Strom eingehend. 4 Schiffe in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. September. Witterung: schön. Temperatur: + 19° N. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen niedriger, loco pr. 85¹/₂ gelber 68—75 *St.* bez., 83—85¹/₂ gelber September-October 75, 74¹/₂, 74¹/₂, 1/4 *St.* bez., October-November 73¹/₂, 73¹/₄ *St.* bez., November-December 73, 72¹/₂, 1/2 *St.* bez., Frühjahr 73¹/₂, 1/4, 73 *St.* bez.

Roggen matt, pr. 2000 Pfd. loco 45—47 *St.* bez., geringerer 44 *St.* bez., 1 Ladung defekter Königsberger pr. Konn. 42¹/₂ *St.* bez., September 47 *St.* bez., September-October 46¹/₂, 1/4 *St.* bez., October-November 46 *St.* bez., Frühjahr 46 *St.* bez.

Gerste loco pr. 70¹/₂ Pfd. Oberbrucher 44, 44¹/₂ *St.* bez., bessere 45 *St.* bez., schlef. 44, 44¹/₂ *St.* bez., feine märker 45 *St.* bez., schlef. schwimmend 40¹/₂ *St.* bez.

Hafser loco pr. 50¹/₂ Pfd. 25—27 *St.* bez., Frühjahr 47—50¹/₂ Pfd. 26¹/₂ *St.* Br.

Roggen loco 52—56 *St.* bez., Frühj. Futur 51 *St.* Br., 50¹/₂ Gd. Winterrüben September-October 83¹/₂ *St.* Br.

Rüböl matt, loco 12¹/₂ *St.* bez., 1/2 *St.* Br., Sept.-October 12¹/₂ *St.* bez. u. Br., October-November 12¹/₂ *St.* Br., November 12¹/₄ *St.* bez., November-December 12¹/₂ *St.* Br., April-Mai 12¹/₄ *St.* Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 15¹/₂ *St.* bez., September-October 15¹/₂ *St.* bez., October-November 14¹/₂ *St.* Br., November-December 14¹/₂ *St.* Br., 1/2 Gd., Frühjahr 15 *St.* bez. u. Br.

Angemeldet: 100 Bispf. Roggen. Landmarkt.

Weizen 70—73 *St.*, Roggen 47—51 *St.*, Gerste 40—45 *St.*, Erbse 52—58 *St.* pr. 25 Schfl., Hafer 24—26 *St.* pr. 26 Schfl., Stroch pr. Schock 7—9 *St.*, Heu pr. Ctr. 15—18 *St.*

Berlin, 26. Sept., 1 Uhr 55 Min. Nachmittags. Staatsanleihe 84¹/₂ bez., Staatsanleihe 4¹/₂ % 96¹/₂ bez., Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 125 bez., Stargard-Köpenicker Eisenbahn-Aktien 92 Br., Oesterr. National-Anleihe 53¹/₂ bez., Bonn. Pfandbriefe 89¹/₂ bez., Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 166 bez., Amerikaner 60, 74¹/₂ bez.

Roggen September-October 48¹/₂ bez., 1/2 Gd., October-November 47¹/₂ bez., 48¹/₂ Br., Frühjahr 47¹/₂, 47 bez., Weizen loco 12¹/₂ *St.*, Sept. 12¹/₂ *St.* bez., 1/2 Gd., September-October 12¹/₂, 1/2 bez., October-November 12¹/₂ bez., Spiritus loco 15¹/₂ bez., Septbr.-October 15¹/₂, 1/2 bez., Otkr. 14¹/₂, 22¹/₂ bez., April-Mai 15¹/₂ bez.

Hamburg, 25. September. Getreidemarkt im Allgemeinen ruhiger, aber fest. Weizen pr. September-October 5400 Pfd. netto 130 Banfthaler Br., 129 Gd., pr. October-November 127 Br., 126 Gd. Roggen pr. September-October 5000 Pfd. Brutto 78¹/₂ Br., 77¹/₂ Gd., pr. October-November 78¹/₂ Br., 78¹/₂ Gd. Del loco 27¹/₂, pr. September 27¹/₂. Kaffee ruhig. Zink geschäftslos. — Wetter sehr schön.

Amsterdam, 25. September. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine 2¹/₂ *F.* niedriger bei lebhaftem Geschäft. Rapps pr. September 70.

Stettin, den 26. September.

Ort	Waren	Preis	Ort	Waren	Preis
Berlin	kurz	—	Pom. Chaus.	—	—
"	2 Mt.	—	ban-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151 ³ / ₄ bz	Used. - Wollin.	—	—
"	2 Mt.	150 ¹ / ₂ B	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 ¹ / ₄ G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	116 B
London	10 Tag.	6 23 bz	Pr. See-Assec.	—	—
"	3 Mt.	6 20 ¹ / ₂ bz	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	80 ¹ / ₂ bz	Pomerania	4	106 G
"	2 Mt.	80 bz	Union	4	101 G
Bordeaux	10 Tg.	—	St. Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.	—	—
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	84 G	N. St. Zucker-	—	—
Wien	8 Tag.	—	Sieder. - Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-	—	—
Preuss. Bank	5	Lomb. 5 ¹ / ₂ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sta.-Anl. 5457	4 ¹ / ₂	—	Bredower	4	—
"	5	—	Walzmühl.-A.	5	—
St.-Schldsch.	3 ¹ / ₂	—	St. Portl.-Cem.	—	—
P. Präm.-Anl.	3 ¹ / ₂	—	Fabrik	4	—
Pomm. Pfdb.	3 ¹ / ₂	—	Stett. Dampf	—	—
"	4	—	Schlepp-Ges.	5	275 B
"	4	—	Stett. Dampf-	—	—
Rentenb.	4	—	schiffs-Veroin	5	—
Ritt. P.P.B.A.	—	—	N. Dampfer-C.	4	95 B
à 500 Rtl.	—	—	Germania	4	100 B
Berl.-St. Eis.	—	—	Vulkan	4	86 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Stett. Dampf-	—	—
"	Prior.	—	mühlen-Ges.	4	100 B
"	4 ¹ / ₂	—	Pommerensd.	—	—
Starg.-P.E.A.	3 ¹ / ₂	—	Chem. Fabrik	4	—
"	Prior.	—	Chem. Fab. - Ant.	4	—
Stett. Stdt.-O.	4 ¹ / ₂	—	Stettin. Kraft-	—	—
Stett. Börsch.	—	—	Dünger-F.-A.	—	—
Obligationen	4	—	Gemeinnützige	—	—
St. Schausp.	—	—	Bauges.-Anth.	5	—
Obligationen	5	—			